

#LÄNDERSACHE

luxemburgreport

LANDTAGSWAHL THÜRINGEN

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

IMPRESSUM

Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Alrun Kaune-Nüßlein

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2747-9617 · Redaktionsschluss: Juni 2021

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

#LÄNDERSACHE ANALYSE, DOKUMENTATION UND DISKUSSION DER POLITIK IN DEN LÄNDERN

Landespolitische Themen, Strukturen und Prozesse stehen im Fokus der Analysenreihe #Ländersache. Landtagswahlen sind immer auch Kristallisationspunkte politischer Debatten, Entwicklungen und Entscheidungen. Deswegen blicken wir im Vorfeld dieser Wahlen auf Herausforderungen und politische Chancen auf Landesebene. Wir bieten einen komprimierten und fundierten Überblick über die politische Lage vor Ort, die relevanten politischen Kräfte und Akteure innerhalb und außerhalb der Parlamente, die jüngere politische Geschichte der Region, wichtige Themen und zentrale gesellschaftliche Auseinandersetzungen.

Wir erkunden Veränderungs- und Gestaltungspotenzial sowie Chancen progressiver Mehrheiten – in den Parlamenten, Institutionen und in der Gesellschaft. Neben den Fragen von Tagespolitik machen wir uns aber auch auf die Suche nach Antworten, ob, wann und wie auf der Ebene der Landespolitik die Frage sozialistischer Transformation auf die Tagesordnung gesetzt werden kann – verstanden als Versuch, relevante gesellschaftliche Bereiche aus der kapitalistischen Verwertung zu lösen und demokratisch mitzugestalten.

Eine der Voraussetzungen, um Politik und Gesellschaft vor Ort verstehen, erklären und auch verändern zu können, ist Wissen – über Themen, Strukturen, Entscheidungswege und Verwaltungspraxen. Auf dieser Grundlage lässt sich eine Theorie progressiver Veränderung von Gesellschaft entwickeln und die Debatte darüber mit Akteur*innen aus Verbänden, Initiativen, Wissenschaft und Politik führen. Theorie und Wissen sollen auch zur verändernden Praxis ermutigen und befähigen. #Ländersache heißt daher: praxisnahe politische Bildung entlang politischer Prozesse, Strukturen und Themen in Institutionen und in der Gesellschaft.

MICHAEL EBENAU

LANDTAGSWAHL IN THÜRINGEN

POLITISCHES FAZIT

Das Ergebnis der vermutlich am 26. September 2021 stattfindenden Landtagswahl in Thüringen wird Bedeutung auch über das Bundesland hinaus haben. Die Wahl wird vorläufige Antworten darauf geben,

- ob eine zumindest regionale Regierungsoption aus den Parteien DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen (R2G) erhalten bleibt oder das Bündnis zerfällt,
- ob die AfD um Björn Höcke weiterhin einen für die Stabilität der Demokratie gefährlich hohen Zuspruch bekommt, allen wiederholten Grenzüberschreitungen zum offenen Rechtsextremismus zum Trotz,
- ob die tiefe politische Spaltung überwunden werden kann, die im Ergebnis der Landtagswahl 2019 zum Ausdruck kam,
- wie sich die Diskussion um eine Zusammenarbeit zwischen CDU und AfD weiterentwickelt, die spätestens bei der Landtagswahl 2019 und in Ansätzen auch schon 2014 begonnen hat,
- und ob die Thüringer CDU erneut auf Konfrontation mit ihrer Mutterpartei gehen wird, wie sie es auch mit der Nominierung von Hans-Georg Maaßen als Direktkandidat zur Bundestagswahl getan hat, was eine nordrhein-westfälische Christdemokratin die Frage stellen ließ: «Wie kann man so irre sein ...?»¹

Es ist darüber hinaus bereits vor der Wahl aber auch die Frage zu beantworten, wie sich DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen als Regierung gegenüber den vielfältigen Thüringer Initiativen, Verbänden und Bewegungen stellen, die seit teils drei Jahrzehnten aktiv sind und mit ihrer Arbeit die Gesellschaft in Thüringen gestalten. Viele von ihnen begleiten die R2G-Regierungsjahre seit 2014 kritisch und mahnen immer wieder mehr Partizipation an. Eine strategische Diskussion darüber, wie dieses Mehr an Partizipation aussehen könnte, steht aus. Diese Debatte ist zurzeit umso

1 Zit. n. Reizfigur Maaßen. Ex-Geheimdienstchef tritt für die CDU an, in: Frankfurter Rundschau, 3.5.2021, S. 5.

dringlicher, als zu klären ist, welche gesellschaftlichen Defizite die Pandemie offengelegt hat und wie die Zukunft und die sozial-ökologische Wende in Thüringen gestaltet werden sollen, um die Demokratie zu stärken.

1 POLITISCHE AUSGANGSLAGE

Fast 25 Jahre lang regierten in Thüringen Ministerpräsident*innen der CDU: bis 1994 in einer Koalition mit der FDP, anschließend bis 1999 mit der SPD, zwischen 1999 und 2009 zehn Jahre lang in einer Alleinregierung und schließlich von 2009 bis 2014 erneut gemeinsam mit der SPD. 2014 bildeten dann DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen die erste Landesregierung ohne CDU-Beteiligung und bundesweit die erste mit einem Ministerpräsidenten der Linkspartei. Die drei Parteien hatten schon bei der Landtagswahl 2009 mit 51 von 88 Mandaten eine Mehrheit erhalten. Doch hatte sich die SPD damals nach heftigen innerparteilichen Diskussionen gegen eine Koalition mit der Partei DIE LINKE ausgesprochen. 2014 war die Mehrheit im Landtag äußerst knapp und hielt zeitweise nur durch die Aufnahme eines vormaligen AfD-Abgeordneten in die SPD-Fraktion. Bei der Landtagswahl 2019 verlor R2G dann die Mehrheit. Es folgten die Wahl von Thomas Kemmerich (FDP) zum Ministerpräsidenten mit den Stimmen der CDU, AfD und FDP, überregionale Proteste und Interventionen dagegen, schließlich der Rücktritt Kemmerichs und im März 2020 die Bildung einer R2G-Minderheitsregierung. Sie regiert seitdem mithilfe von Stabilitätsvereinbarungen mit der CDU, die eine Übereinkunft für Neuwahlen 2021 beinhalten.

Die Bilanz der CDU-geführten Regierungen hinterließ der neuen Landesregierung 2014 vielfältige Aufgaben: Die öffentlichen Investitionen waren auf ein besorgniserregendes Maß zurückgefallen, die Investitionsquote hatte sich seit der Jahrtausendwende halbiert, die öffentliche Infrastruktur befand sich in teils marodem Zustand. Für die ohnehin stark gesunkene Zahl der Landesbediensteten war neuer Personalabbau programmiert. Im November 2013 hatte die damalige Regierung unter anderem den Wegfall von 3.700 Stellen an Schulen – auch durch die Privatisierung der Horte – und mehr als 900 Stellen bei der Polizei angekündigt. Die Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) kritisieren, dass die CDU den Freistaat zum Billiglohnland gemacht habe. Das Land nahm in allen Studien zu Arbeitseinkommen einen der letzten Plätze ein, die anhaltende Abwanderung qualifizierter Fachkräfte war logische

Konsequenz. Dauerhafter Spitzenreiter war Thüringen hingegen bei extrem rechten Vorfällen: Regelmäßige Rechtsrock-Events hatten sich etabliert, extrem Rechte kauften zunehmend Immobilien, um ihre Infrastruktur zu erweitern und der «Nationalsozialistische Untergrund» (NSU) hatte sich in Jena sozialisiert und organisiert, der bis zu seinem Ende wichtige Unterstützung aus Thüringer Neonazi-Strukturen erhielt. Immer wieder ließen Personalentscheidungen des Freistaats aufhorchen, sei es das lange Festhalten am skandalumwitterten Präsidenten des Landesamts für Verfassungsschutz, Helmut Roewer, sei es die 2008 vom damaligen Ministerpräsidenten Dieter Althaus (CDU) geplante Berufung von Peter Krause zum Kultusminister oder sei es die Ernennung von Karl-Eckhard Hahn 2013 zum Regierungssprecher durch Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht: Alle drei waren für eine gewisse Nähe zur «Neuen Rechten» bekannt.²

2 SOZIOÖKONOMISCHE AUSGANGSLAGE

Zwischen 1990 und 2019 ist die Zahl der Einwohner*innen Thüringens von 2,6 Millionen auf gut 2,1 Millionen gesunken. Bis 2040 wird ein weiterer Rückgang auf knapp 1,9 Millionen prognostiziert.³ Das Land weist eine ausgeprägte räumliche Ungleichheit auf: Mit Erfurt und Jena gibt es lediglich zwei Städte mit mehr als 100.000 Einwohner*innen, weitere zwei (Gera und Weimar) kommen auf mehr als 50.000 Menschen. Sie liegen entlang der Autobahn A4 und bilden mit Gotha und Eisenach die Thüringer Städtekette, an der entlang auch ein erheblicher Teil der Industrie angesiedelt ist. Mit Ausnahme Erfurts und Jenas wird für alle Städte und Landkreise ein Sinken der Bevölkerungszahl erwartet, besonders ausgeprägt in Suhl, im Kyffhäuserkreis sowie in den Landkreisen des Südens und Südostens.⁴

Nach der Deindustrialisierung der 1990er Jahre haben sich Wirtschaft und Industrie positiv entwickelt. Knapp ein Viertel der Bruttowertschöp-

2 Ramelow, Bodo (Hrsg.): Made in Thüringen? Nazi-Terror und Verfassungsschutz-Skandal, Hamburg 2012.

3 Thüringer Landesamt für Statistik: Statistisches Monatsheft November 2019 – Zukünftige Entwicklung der Bevölkerung Thüringens und seiner Kreise. Ergebnisse der zweiten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung 2019 bis 2040, Erfurt 2019, S. 35.

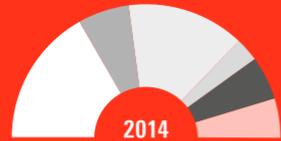
4 Ebd., S. 36.

LANDTAGSWAHLERGEBNISSE SEIT 1990

CDU	SPD	LINKE	Grüne	FDP	AfD	Andere
21,8%	8,2%	31,0%	5,2%	5,0%	23,4%	5,4%



CDU	SPD	LINKE	Grüne	AfD	Andere
33,5%	12,4%	28,2%	5,7%	10,6%	9,6%



CDU	SPD	LINKE	Grüne	FDP	Andere
31,2%	18,5%	27,4%	6,2%	7,6%	9,1%



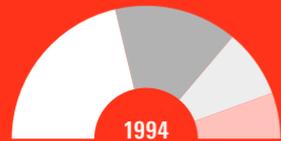
CDU	SPD	PDS	Andere
43,0%	14,5%	26,1%	16,4%



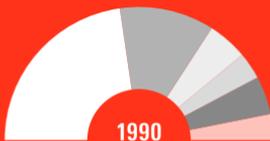
CDU	SPD	PDS	Andere
51,0%	18,5%	21,3%	9,2%



CDU	SPD	PDS	Andere
42,6%	29,6%	16,6%	11,2%



CDU	SPD	PDS	Grüne	FDP	Andere
45,4%	22,8%	9,7%	6,5%	9,3%	6,3%



Quelle: Landeswahlleiter Thüringen;
Wikipedia: Landtagswahlen Thüringen,
unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Landtagswahlen_in_Thüringen

fung wird in der Industrie erarbeitet. Mit 81 Industriearbeitsplätzen je 1.000 Einwohner*innen liegt Thüringen über dem Bundesdurchschnitt. Auch auf dem Arbeitsmarkt hat sich die Lage gewandelt: Thüringen zählt inzwischen circa 805.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Die Arbeitslosenquote bewegt sich im Durchschnitt der Bundesrepublik, die Zahl der Langzeitarbeitslosen betrug im März 2021 etwa 25.000. Die vergleichsweise niedrige Arbeitslosigkeit lässt sich auch mit Pendelbewegungen erklären. Im Juni 2020 fuhren rund 122.000 Menschen zu Arbeitsstellen außerhalb Thüringens, insbesondere nach Bayern, Sachsen und Hessen.⁵

Eines der großen Zukunftsprobleme der Thüringer Wirtschaft ist seit Langem ein schnell wachsender Fachkräftemangel, eine verstärkte Zuwanderung ist inzwischen unverzichtbar, um ein dadurch verursachtes Schrumpfen der Wirtschaft aufzuhalten. Noch immer aber ist nicht nur die Pendel-, sondern auch die Wanderungsbewegung negativ: Seit 1990 verliert das Land durch den Wegzug junger und qualifizierter Menschen wichtige Entwicklungspotenziale, dies gilt insbesondere für den ländlichen Raum.

Trotz der hohen Industriedichte sind gravierende strukturelle Defizite erkennbar: Die Industrie besteht im Wesentlichen aus kleinen Betrieben, große Unternehmen und Konzernzentralen fehlen weitgehend, betriebliche Forschungs- und Entwicklungskapazitäten ebenso. Entscheidungen über Investitionen, die strategische Ausrichtung Thüringer Betriebsstätten oder auch über Personalabbau und Standortschließungen werden in aller Regel außerhalb Thüringens getroffen, oftmals zuungunsten der hiesigen Standorte. Etwa 140.000 Beschäftigte zählte das Thüringer Landesamt für Statistik Anfang 2021 im verarbeitenden Gewerbe und Bergbau,⁶ um die 60.000 davon arbeiten für die Automobil- und Zulieferindustrie, weitere 15.000 in der optoelektronischen Industrie mit ihrem Schwerpunkt in Ostthüringen. Der Versuch, nach der Jahrtausendwende mit der Solarindustrie eine dritte industrielle Säule zu etablieren, misslang.

5 Jeder siebte Thüringer pendelt zur Arbeit, Zeit Online, 27.1.2021, unter: www.zeit.de/news/2021-01/27/jeder-siebte-thueringer-pendelt-zur-arbeit.

6 Thüringer Landesamt für Statistik: Thüringer Industrie nach 2 Monaten im Jahr 2021: Umsatzminus von 8,2 Prozent. Pressemitteilung 081/2021, 14.4.2021, unter: https://statistik.thueringen.de/presse/2021/pr_081_21.pdf.

3 WICHTIGE THEMEN

Im Februar und März 2020 bestimmte die Wahl von Thomas Kemmerich zum Ministerpräsidenten bundesweit die Schlagzeilen: Nachdem R2G bei den Landtagswahlen die Mehrheit verloren hatte, scheiterte der Versuch, eine Minderheitsregierung zu bilden. 45 der insgesamt 48 Abgeordneten von AfD, CDU und FDP stimmten am 5. Februar 2020 stattdessen für den FDP-Kandidaten, dessen Partei die Fünfprozenthürde nur um 73 Stimmen überwunden hatte. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik war damit ein von der Zustimmung der AfD abhängiger Ministerpräsident gewählt worden. Erste Proteste gab es wenige Minuten nach der Wahl vor dem Landtag, am 15. Februar 2020 erreichten sie ihren Höhepunkt, als 18.000 Menschen unter dem Motto «Kein Pakt mit Faschist*innen – niemals und nirgendwo» in Erfurt demonstrierten. Kemmerich hatte bereits nach drei Tagen seinen Rücktritt erklärt, ihm folgten kurz darauf die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer und der Ostbeauftragte der Bundesregierung Christian Hirte (CDU). Letzterer hatte Kemmerich via Twitter gratuliert und eine scharfe Intervention der Bundeskanzlerin herausgefordert, die ihn wissen ließ, dass er sein Amt nicht behalten könne. Das hielt die CDU Thüringen aber nicht davon ab, ihn im September 2020 zum Vorsitzenden zu wählen.

Wenige Tage nach der dann doch erfolgten Bildung einer R2G-Minderheitsregierung übernahm die Pandemie die Schlagzeilen. Seitdem bestimmt Covid-19 die Landespolitik. Blieb die Zustimmung zum Thüringer Pandemiemanagement zunächst groß, führte der lang anhaltende Lockdown im Winter 2020/21 zu deutlich schlechteren Umfragewerten: Nur noch 25 Prozent der Befragten äußerten sich im März 2021 zufrieden oder sehr zufrieden, 73 Prozent waren weniger oder gar nicht zufrieden. Die Mehrheit sorgte sich um die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie: 35 Prozent machten sich sehr große, 37 Prozent große Sorgen. Waren im August 2020 noch 63 Prozent der Befragten mit der Minderheitsregierung zufrieden oder sehr zufrieden, so waren es im Frühjahr 2021 nur noch 46 Prozent. Auch die Beliebtheit des Ministerpräsidenten sank auf 51 Prozent. Damit blieb Bodo Ramelow aber eindeutig beliebtester Politiker im Freistaat, gefolgt von Umweltministerin Anja Siegesmund (Grüne) mit 30 Prozent und Kemmerich mit 21 Prozent.⁷

7 Keine Mehrheit für Rot-Rot-Grün. Ramelow verliert deutlich an Zustimmung, MDR, 2.3.2021, unter: www.mdr.de/nachrichten/thueringen/thueringentrend-infratestdimap-umfrage-maerz-100.html.

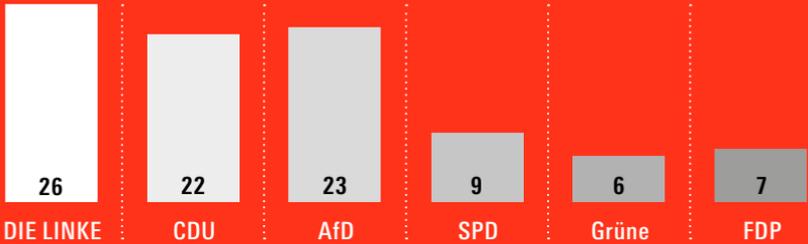
Blickt man auf die gesamte Zeit seit dem Regierungswechsel 2014, so zeigt sich ein tiefer Grundkonflikt, der das Land beherrscht: Keine der Oppositionsfraktionen im Landtag war oder ist bereit, eine Landesregierung unter Beteiligung oder gar Führung der Partei DIE LINKE zu akzeptieren. Schon in den Wochen zwischen der Landtagswahl 2014 und der Wahl Ramelows zum Ministerpräsidenten hatte sich im Herbst 2014 unter Führung der CDU und mit Unterstützung von Teilen der SPD sowie mit breiter Beteiligung der AfD ein Bündnis gefunden, das gegen eine R2G-Regierung mobilisierte. Wortgewaltige Erklärungen riefen zu Demonstrationen auch mit makabrer Symbolik auf: Zum Jahrestag der Pogrome von 1938 wurde in Erfurt ausgerechnet ein Fackelmarsch organisiert, an dem sich 4.000 Menschen beteiligten. *Die tageszeitung* schrieb: «Neben der CDU, der nun nach so langer Zeit der Machtverlust droht, fühlte sich das gesamte rechte Spektrum berufen, gegen die neue Regierung auf die Straße zu gehen.»⁸ Am Vorabend der konstituierenden Landtagssitzung folgte eine weitere Kundgebung mit 2.000 Teilnehmer*innen. CDU-Politiker*innen und auch einige Sozialdemokrat*innen nahmen die Wahl zum Anlass, ein erstes gemeinsames Auftreten mit der AfD Björn Höckes unter dem Beifall extrem rechter Gruppen zu organisieren. Der Herbst 2014 wurde so zum historischen Ausgangspunkt eines Bündnisses, das der AfD eine große Bühne und vermutlich unverhofft die Erweiterung ihrer Wirksamkeit bescherte. So verwundert es nicht, dass der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Michael Heym nach der Wahl 2019 eine offizielle Zusammenarbeit mit der AfD vorschlug: «Er wies [...] darauf hin, dass es im neu gewählten Landtag eine ›bürgerliche Mehrheit rechts‹ gebe. CDU, FDP und AfD hätten eine Mehrheit von 48 Stimmen [...]. Er hätte kein Problem damit, wenn die AfD ein Bündnis mit einem CDU-Ministerpräsidenten toleriert [...]. Er sehe die AfD als ›konservative‹ Partei [...]. Den ›immer gleich lautenden Reflex, dass das alles Nazis wären‹, teile er so nicht.»⁹ Wenige Tage später forderten 17 zumeist Südthüringer CDU-Funktionär*innen unter der Überschrift «Demokratie braucht Dialog» die Bereitschaft ihrer Partei zu Gesprächen mit der AfD. Sie werteten es als undenkbar, dass «ein Viertel der Wähler bei den Gesprächen außen vor

8 Vogel, Sonja: Demo gegen Rot-Rot-Grün in Erfurt: Fackelmarsch statt Lichtermeer, in: die tageszeitung, 10.11.2014, unter: <https://taz.de/Demo-gegen-Rot-Rot-Gruen-in-Erfurt/!5029047/>.

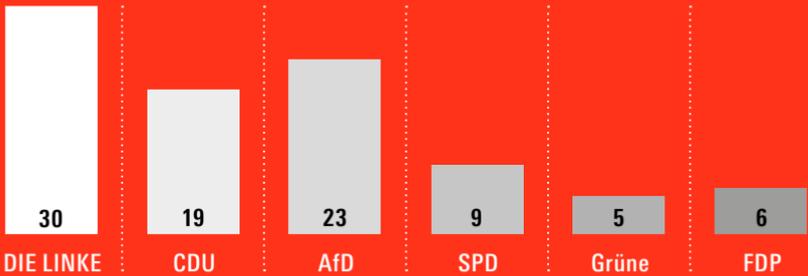
9 «Mike Mohring sollte zur Wahl antreten», Zeit Online, 1.11.2019, unter: www.zeit.de/politik/deutschland/2019-11/thueringen-cdu-mike-mohring-landtagswahl-minderheitsregierung.

LETZTE UMFRAGEWERTE

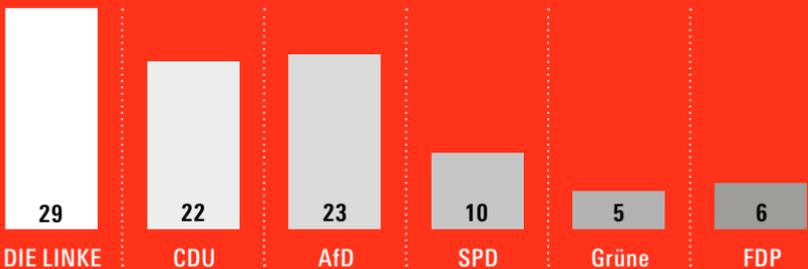
17. Juni 2021 (INSA)



18. März 2021 (INSA)



2. März 2021 (Infratest Dimap)



bleiben» solle.¹⁰ Zwischen R2G und der CDU Thüringen, in der die Wertunion großen Einfluss hat, zeigen sich in nahezu allen Fragen der Landespolitik tiefe Gräben. Die AfD hingegen befindet sich in der vorteilhaften Situation, dass ein Teil der CDU immer wieder ihre Argumentation übernimmt, sie damit normalisiert und popularisiert. Insofern muss der Kampf gegen autoritäre Politikmodelle und deren politische Vertreter*innen eine Kernaufgabe der künftigen Landesregierung sein.

Auf ein zweites wichtiges Themenfeld weist der Politikwissenschaftler Hajo Funke hin, der die Vorgänge um die Wahl Kemmerichs und den dort sichtbar gewordenen Einfluss der AfD untersucht hat: «Wichtig für die weitere Entwicklung der Demokratie in Thüringen ist, ob die Konstellation aus Rot-Rot-Grün und CDU bis zu den Neuwahlen tatsächlich eine Wende zum Besseren entwickelt: mit der Wiederbelebung verödeter Regionen, einem Infrastrukturprogramm für die ländlichen Räume und einer weiteren sozialen Sensibilisierung für die, die sich isoliert sehen.»¹¹ Die Bevölkerungsentwicklung, vor allem die Prognosen für die ländlichen Räume rufen dort Abwertungsgefühle und Zukunftsängste hervor. Anlässlich der Landtagswahlen 2019 hatte infratest dimap die Zufriedenheit der Bürger*innen untersucht: «Speziell in Gegenden mit starkem Bevölkerungsrückgang wurden Angebot und Qualität der örtlichen Infrastruktur von den Bürgerinnen und Bürgern vielfach kritisch beurteilt. Hier bemängelte in der Woche vor der Wahl etwa die Hälfte eine verschlechterte ärztliche Versorgung, vier von zehn eine schlechtere Nahverkehrsanbindung.»¹² Auch die Autor*innen des «Thüringen Monitor 2019» der Universität Jena stellten fest, dass Befragte aus dem ländlichen Raum «signifikant häufiger Versorgungsdefizite [sehen] als Befragte, die in Städten leben – dies gilt insbesondere hinsichtlich der Erreichbarkeit von Fachärzt*innen und Krankenhäusern. Insofern werden von den befragten Thüringer*innen Disparitäten in der medizinischen Versorgung zwischen dem städtischen und dem ländlichen Raum konkret erfahren.»¹³

10 Zit. n. Meisner, Matthias: Gespräche mit der AfD? Scharfe Kritik an Thüringer CDU-Politikern, in: Der Tagesspiegel, 5.11.2019.

11 Funke, Hajo: Die Höcke-AfD. Vom gärrigen Haufen zur «Flügel-Partei», Hamburg 2020, S. 111.

12 Infratest dimap: Wahlreport Landtagswahl Thüringen 2019. Eine Analyse der Wahl vom 27. Oktober 2019, Berlin 2019, S. 19.

13 Reiser, Marion u. a.: Gesundheit und Pflege in Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2019, Zusammenfassung, S. 5, unter: www.landesregierung-thueringen.de/fileadmin/user_upload/Landesregierung/Landesregierung/Thueringenmonitor/Thueringen-Monitor-2019-Zusammenfassung.pdf.

Eine Aufwertung ländlicher Räume und die Angleichung der Lebensverhältnisse in allen Landesteilen sind zentrale Aufgaben künftiger Landesregierungen. Angesichts der Pandemie gilt dies insbesondere für die medizinische Versorgung.

Drittens wird wie überall auch in Thüringen die Klima- und Umweltpolitik immer drängender. Dies sehr öffentlichkeitswirksam anzumahnen ist Verdienst von Fridays for Future. 2017 veröffentlichte die Landesregierung die bereits jetzt sichtbaren Folgen des Klimawandels: «Die Indikatoren machen deutlich, dass die Auswirkungen des Klimawandels in Thüringen angekommen sind. So steigt die witterungsbedingte Waldbrandgefahr, die Böden werden im Herbst trockener, die Schneedecke geht vor allem in den höheren Lagen zurück und die Zusammensetzung von Artengemeinschaften ändert sich.»¹⁴ Das hat schon heute nachhaltige Folgen für die Land-, Forst- und Wasserwirtschaft, für den Tourismus und den Wintersportsektor. Die Sicherstellung der Grundversorgung mit Wasser, Lebensmitteln und Energie aus regenerativen Ressourcen wird eine immer bedeutsamere Zukunftsaufgabe. Wie umkämpft das Terrain der Umweltpolitik in Thüringen trotzdem ist, bezeugen die vielfachen von der CDU unterstützten Proteste gegen den Ausbau der Windkraft. Sie haben den Aufbau eines dichteren Netzes regenerativer Energie verhindert.

Eng mit der Klimapolitik verbunden sind zwei weitere Themen: ein ökologisch-nachhaltiges Mobilitätskonzept, das gerade auch den ländlichen Raum einbindet, sowie die Frage nach der Zukunft der Automobil- und Zulieferindustrie, die mit ihren 60.000 Beschäftigten eine Herzkammer der Thüringer Industrie verkörpert. Auch im Freistaat ist der wesentlich auf die Nutzung von Autos basierende Verkehrssektor einer der hauptsächlichen Verursacher von Treibhausgasemissionen. Bislang hat die Landesregierung einige Aktivitäten hin zu einer nachhaltigeren Mobilität unternommen, hat die Ansiedlung eines wichtigen Batterieherstellers am Erfurter Kreuz, die Gründung eines Innovationszentrums Mobilität und eines Batterie-Innovations- sowie Technologie-Centers initiiert. Dem Ausbau des seit 1990 erheblich geschrumpften öffentlichen Personennahverkehrs sind aber vielerlei Schranken gesetzt, auch durch die bestehende Struktur regionaler Verkehrsverbände. Kooperative Struk-

14 Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz: Klimawandelfolgen in Thüringen: Monitoringbericht, Erfurt 2017, S. 4.

turen mit dem Ziel eines landesweiten Verkehrsverbunds sind dringend erforderlich, um den öffentlichen Personennahverkehr als Alternative zum motorisierten Individualverkehr gerade im ländlichen Raum auszubauen.

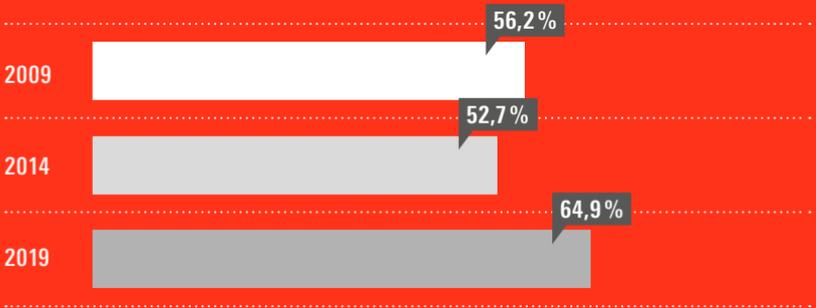
Auch die Zukunft der Automobil- und Zulieferindustrie ist ungewiss. Seit Langem weist etwa die IG Metall auf die Herausforderungen und Bedrohungspotenziale durch die Auswirkungen ökologischer Erfordernisse sowie politischer, ökonomischer und technischer Transformationsprozesse hin und fordert hier eine industriepolitische Gestaltung. 2018 legte das Wirtschaftsministerium auf Basis einer Untersuchung die «Automotive Agenda Thüringen» vor, die der IG Metall im Grunde widerspricht: Sie sieht für die Branche die Chance auf Fortsetzung der positiven Entwicklung der letzten Jahre, weniger als zehn Prozent der befragten Betriebe hätten eine mittelfristig negative Beschäftigungsbilanz angezeigt. Bezogen auf die Zahl der Arbeitsplätze wird daher trotz aller Risiken bis 2030 ein positiver Trend vorausgesagt.¹⁵ Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt allerdings ein anderes Bild: Vor allem in West- und Nordthüringen sind inzwischen mehrere Tausend Arbeitsplätze verloren gegangen, weiterer Abbau ist programmiert. Einige Unternehmen schlossen ihre Standorte im Freistaat oder kündigten die schon beschlossene Stilllegung an, Insolvenzen endeten ohne Fortführungsperspektive, das Eisenacher Opel-Werk war vom massiven Arbeitsplatzabbau im Konzern betroffen und bleibt von weiterem bedroht. Inzwischen bestätigt eine Veröffentlichung des Branchennetzwerks «automotive thüringen» die kritische Sicht der IG Metall, sie zeigt die Abhängigkeit mehrerer Landkreise von der dort angesiedelten Produktion für den konventionellen Antriebsstrang und sagt ebenfalls eine negative Beschäftigungsentwicklung voraus.¹⁶ Derweil standen Mitglieder der AfD-Landtagsfraktion 2020 unter dem Motto «Erhalt der Automobilindustrie» im Rahmen einer Sommertour vor den Toren diverser Zulieferbetriebe. Eine von der Schließung ihres Betriebs JD Norman betroffene Betriebsrätin ließ sich mit den Worten zitieren: «Nur die AfD-Fraktion habe sich für JD Norman interessiert.»¹⁷

15 Olle, Werner/Plorin, Daniel/Chmelik, Rico: Wege zur Zukunftsfähigkeit der Automobilzulieferindustrie in Thüringen, Erfurt 2018.

16 Branchennetzwerk automotive thüringen e. V.: Kompakt 02. Beschäftigungseffekte auf kommunaler Ebene in Thüringen, o. J.

17 Zlotowicz, Jensen: JD Norman-Belegschaft auf dem Kindel rügt Politik, in: Thüringer Allgemeine, 22.8.2020.

WAHLBETEILIGUNG



Quelle: Landeswahlleiter Thüringen

4 AUSSERPARLAMENTARISCHE BEWEGUNGEN

Thüringen ist reich an außerparlamentarischen Bewegungen, das zeigte nicht zuletzt die Demonstration «Kein Pakt mit Faschist*innen» im Februar 2020. Mehr als 60 Verbände und Initiativen hatten in kürzester Zeit den Aufruf unterzeichnet und 18.000 Menschen mobilisiert. Darunter waren sowohl Fridays for Future als auch Parents for Future, eine Reihe regionaler und landesweiter antifaschistischer Bündnisse und Netzwerke, migrantische Organisationen, Gewerkschaften und Organisationen wie der Frauen*streik Jena. Träger der Bildungs- und Jugendarbeit beteiligten sich an dem Aufruf ebenso wie die Konferenz Thüringer Studierendenschaften und der Paritätische Wohlfahrtsverband.

Immer wieder finden sich seit 1990 unterschiedliche Initiativen und Bewegungen zum kritischen, aber solidarischen Miteinander zusammen. In den 1980er Jahren entstanden in Erfurt, Weimar, Jena und anderen Orten widerständige Gruppen. Einige, wie die Junge Gemeinde Jena und die Offene Arbeit des Evangelischen Kirchenkreises Erfurt, sind noch heute in antifaschistischen und antirassistischen Zusammenhängen aktiv oder setzen sich für Umweltfragen ein. Der Wirkungskreis beschränkt sich nicht auf die Großstädte, sondern erreicht auch kleinere Orte und abgelegene Regionen. So stoßen nicht allein AfD-Kundgebungen in Erfurt,

Weimar oder Jena auf Gegenwehr, sondern auch die «Sügida»-Kundgebungen im Süden des Landes und Rechtsrock-Konzerte in Themar oder Apolda. Viele Bürger*innen engagieren sich auch abseits der größeren Städte in Initiativen zur Begleitung von Flüchtlingen.

Seit 2019 gehören Fridays for Future in Thüringen zum aktiven Kern der Umweltbewegung. Sie haben sich in knapp 20 Ortsgruppen organisiert, sind also keineswegs auf die Groß- oder Universitätsstädte beschränkt. Zur Landtagswahl 2019 veröffentlichten sie einen Forderungskatalog, der bis 2030 einen beschleunigten Ausbau von Windkraft und Fotovoltaik vorsieht, die Beendigung aller fossilen Subventionen des Landes – unter anderem für den Flughafen Erfurt-Weimar – anmahnt und die Landwirtschaft auf ausreichende Emissionsreduktion im Rahmen des Thüringer Klimagesetzes verpflichten will. Auch unter Pandemiebedingungen fanden Aktionen statt, so beim globalen Aktionstag Ende September 2020 mit Demonstrationen in Jena, Greiz, Nordhausen, Eisenach, Suhl und Erfurt. Die Gruppen sind auch wichtiger Teil von Bündnissen zu anderen Themen. Im März 2021 unterstützten sie zum Beispiel mit anderen Thüringer Jugendverbänden die Forderungen der Kampagne «Zero Covid – Für einen solidarischen europäischen Shutdown».

Auch die Gewerkschaften, die in Thüringen etwa 140.000 Mitglieder haben, sind traditioneller Teil vielfältiger Bündnisse. Auch wenn Thüringen nach wie vor zu den Bundesländern mit niedriger Tarifbindung zählt und die Entgelte im bundesweiten Vergleich am unteren Ende der Skala verharren, gelingt es inzwischen vermehrt, durch die erstmalige Wahl von Betriebs- und Personalräten in den Betrieben Mitbestimmung zu etablieren und die tarifvertragliche Gestaltung der Arbeitsbedingungen auszuweiten. Die IG Metall konnte die Zahl der tarifgebundenen Betriebe zwischen 2011 und 2017 um etwa 30 Prozent auf knapp 130 und die Zahl der dadurch erfassten Beschäftigten auf über 37.000 erhöhen. 2013/14 gab es vernehmbaren gewerkschaftlichen Druck zur Ablösung der damaligen Koalition durch R2G. Im Oktober 2014 meldeten sich etwa 50 Betriebsrät*innen und Vertreter*innen der Gewerkschaften öffentlich zu Wort: «Für eine neue Politik, für die Gestaltung des Politikwechsels wollen wir uns engagieren. Wir unterstützen die Bildung einer Landesregierung aus DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen.»¹⁸

18 Aufruf von Gewerkschafter*innen: Für eine neue Politik in Thüringen, 14.10.2014, unter: www.igmetall-eisenach.de/uploads/tx_mpccontent/Aufruf-RRG-Gewerkschafter.pdf.

Die Bewegungen und Initiativen bilden aber nur eine Seite der aktiven Zivilgesellschaft ab. Zum vollständigen Bild gehört auch die im Herbst 2014 konstituierte und bereits skizzierte Bewegung, die jede Landesregierung unter Beteiligung der Linkspartei ablehnt und dafür mit Erfolg auf der Straße mobilisiert. In der Pandemie zeigte sich dieses rechte Bündnis auch anschlussfähig für diejenigen, die gegen die Maßnahmen zur Eindämmung sind. So ist Thüringen eben auch ein Land, in dem es eine mobilisierungsfreudige und -fähige Bewegung aus dem rechten Parteienspektrum gibt und dabei der AfD immer wieder bewusst eine große Bühne bereitet.

5 SCHWERPUNKT WAHLKAMPF

Da gegenwärtig noch offen ist, ob es zu Neuwahlen im September 2021 kommen wird, gibt es noch keine aktuellen Wahlprogramme. Zu erwartende Schwerpunkte sind aber aus der jüngeren Vergangenheit abzuleiten. Dabei ist zu bedenken, dass die in den letzten Monaten kontroversen Sichtweisen auf das Pandemiemanagement eine zentrale Rolle im Wahlkampf spielen werden. Dem sind auch die Umfragewerte vom März 2021 geschuldet, die zeigen, dass es zu diesem Zeitpunkt weder eine Mehrheit für R2G noch für eine CDU-geführte Regierung gegeben hätte.¹⁹

Trotzdem erklärt die CDU: «Festes Ziel ist es, Rot-Rot-Grün zu beenden.»²⁰ Sie schließt eine Koalition mit der AfD bislang aus und bedrängt SPD und Bündnis 90/Die Grünen, mit ihr und der FDP eine «Koalition der Mitte» zu bilden. Ignoriert wird allerdings, dass es auch dafür keine Mehrheit gäbe. Gegenüber 1999 hat die CDU bei den letzten Landtagswahlen etwa 30 Prozentpunkte an Zustimmung verloren, ist aber bei Kommunalwahlen nach wie vor stärkste Partei und gründet erheblichen Einfluss auf die von ihr gestellten Landrät*innen. Die Umfragewerte des designierten Spitzenkandidaten Mario Voigt verheißen ihm keine Zukunft als Ministerpräsi-

19 In den Monaten zwischen der Wahl Kemmerichs zum Ministerpräsidenten Anfang Februar 2020 bis in den Sommer hinein hatten Umfragen eine Mehrheit für R2G prognostiziert, zeitweise erhielt DIE LINKE Zustimmungswerte zwischen 35 und 40 Prozent. Der entscheidende Unterschied aber ist, dass bis Sommer 2020 die FDP den meisten Prognosen zufolge an der Fünfprozenthürde gescheitert wäre.

20 Voigt, Mario/Hirte, Christian: Das Land braucht Neuwahlen, CDU Thüringen, 19.5.2021, unter: www.cdu-thueringen.de/aktuelles/2021/das-land-braucht-neuwahlen.

dent: Im März 2021 landete er bei 18 Prozent.²¹ Die große Bedeutung der Werteunion in der CDU Thüringen, die unter anderem in der Nominierung Hans-Georg Maaßens als Direktkandidat zur Bundestagswahl zum Ausdruck kam, lässt ahnen, dass nach einer Landtagswahl aufs Neue der innerparteiliche Streit über das Verhältnis zur AfD entbrennen wird.

Die SPD würde voraussichtlich vom derzeitigen Innenminister Georg Maier als Spitzenkandidat in die Wahl geführt werden. Die Partei blickt auf mittlerweile 17 Jahre Beteiligung an unterschiedlichen Regierungskoalitionen zurück und erzielte bei der Landtagswahl 1994 mit knapp 30 Prozent ihren Höchstwert. Inzwischen hat auch sie demgegenüber etwa 20 Prozentpunkte verloren. Die SPD hat seit 2014 drei Schlüsselministerien inne: Inneres, Wirtschaft und Finanzen. Während sich die Finanzministerin in der Pandemie gegen eine antizyklische Investitionspolitik aussprach, versteht sich der Wirtschaftsminister in erster Linie als Anwalt der Kapitalinteressen, er wird von gewerkschaftlicher Seite dafür kritisiert, Beschäftigte und deren Verbände zu wenig einzubeziehen. Unter der Leitung Georg Maiers hat das Innenministerium ab 2017 eine Kurskorrektur im Umgang mit Rechtsrock-Events und rechtsextrem genutzten Immobilien vollzogen und positive Beispiele für entschiedenes Handeln gesetzt. 2014 hatte die SPD einem Mitgliedervotum die Entscheidung über die R2G-Koalition überlassen und 2019 vor der Landtagswahl deutlich gemacht, dass sie dieses Bündnis fortsetzen wolle. 2021 steht ein klares Bekenntnis dazu aus.

Bündnis 90/Die Grünen sind zum vierten Mal im Thüringer Landtag vertreten, zwischen 1994 und 2009 blieben sie drei Mal unterhalb fünf Prozent. Die Beteiligung an einer CDU-geführten Landesregierung stand für sie bislang nicht ernsthaft zur Disposition. 2021 wird vermutlich Anja Siegesmund Spitzenkandidatin sein, sie amtiert seit 2014 als Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz. Ein zweites Ministerium in Verantwortung der Grünen ist das für Migration, Justiz und Verbraucherschutz, das aktuell von Dirk Adams geleitet wird. Auch für Bündnis 90/Die Grünen stand 2019 die Fortführung von R2G nicht infrage. Wie andere ostdeutsche Landesverbände profitiert die Partei nicht von den aktuellen bundesweiten Zustimmungswerten und verharrt in Umfragen knapp über der Fünfprozentklausel.

21 Keine Mehrheit für Rot-Rot-Grün. Ramelow verliert deutlich an Zustimmung, MDR, 2.3.2021, unter: www.mdr.de/nachrichten/thueringen/thueringentrend-infratestdimap-umfrage-maerz-100.html.

Mit welchem Spitzenkandidaten die FDP in den Landtagswahlkampf gehen wird, ist offen. Es ist nicht auszuschließen, dass es wieder Thomas Kemmerich wird. Auf die vermutlichen Schwerpunkte im Wahlkampf einzugehen scheint obsolet, nachdem die Partei im Februar 2020 alle bis dahin als demokratischer Konsens geltenden Regeln gebrochen hat. Eine Abgeordnete verließ die Partei im März 2020 und trat den Bürgern für Thüringen bei, blieb aber Mitglied der FDP-Fraktion. Die Bürger für Thüringen stehen der Querdenker-Szene nahe und sind Sammelpunkt einiger derer, die im November 2014 zu den Kundgebungen gegen die R2G-Koalition aufgerufen hatten. Kemmerich nahm im Mai 2020 als Redner an einer Demonstration gegen die pandemiebekämpfenden Maßnahmen in Gera teil, bei der auch zahlreiche extrem Rechte auftraten. Eine glaubhafte Distanzierung blieb aus.

Spitzenkandidat der AfD wird voraussichtlich Björn Höcke sein. Auch hier kann der Blick auf die Programmatik unterbleiben, verwiesen sei stattdessen auf die Rede Höckes am 17. Februar 2020 in Dresden, zwölf Tage nach der denkwürdigen Landtagssitzung in Erfurt: Er denunzierte dort Gegendemonstrant*innen als «Schmarotzer» und kündigte der Zivilgesellschaft ihre «Trockenlegung» an. Weiter äußerte er Berichten zufolge «Vernichtungsfantasien gegen die, die gegen ihn demonstrieren, die für ihn sogenannte Zivilgesellschaft, gegen das politmediale Establishment und Angela Merkel. Die Bundesrepublik sei ein Irrenhaus.» Und: «Die Herrschaft der verbrauchten Parteien und Eliten muss abgelöst werden, und wir werden sie ablösen [...]. Wir werden diesen Kampf gemeinsam führen und gemeinsam gewinnen.»²²

DIE LINKE schließlich wird bei den Landtagswahlen die Fortsetzung der amtierenden R2G-Landesregierung anstreben und aller Voraussicht nach Bodo Ramelow als Spitzenkandidaten nominieren. Sie hat bei den Landtagswahlen 2019 ein noch einmal deutlich verbessertes Ergebnis erreicht und ihre Position im Regierungsbündnis gestärkt. Ihr gehört mit dem Blumenstrauß, den die damalige Vorsitzende der Landespartei und Landtagsfraktion, Susanne Hennig-Wellsow, Thomas Kemmerich vor die Füße warf, inzwischen auch eine der bekanntesten Gesten der Parlamentsgeschichte.

22 Björn Höcke zitiert nach Funke, Hajo: Die Höcke-AfD, S. 106 f.

6 PARLAMENTSFRAGEN

Die Legislaturperiode des Thüringer Landtags beträgt üblicherweise fünf Jahre, im Normalfall gibt es 88 Abgeordnete. Durch Überhang- und Ausgleichsmandate besteht der Landtag aktuell aber aus 90 Abgeordneten. Es sind sechs Parteien im Landtag vertreten, so viele Fraktionen hatte der Thüringer Landtag noch nie. Zwischen 1994 und 2009 waren mit CDU, SPD und PDS beziehungsweise DIE LINKE jeweils nur drei Parteien vertreten. Extrem rechte Parteien wie NPD, Die Republikaner und die Deutsche Volksunion (DVU) blieben immer unter der Fünfprozenthürde.

Interessant für die örtliche Verankerung der Parteien ist die Entwicklung der Direktmandate: Bei den Landtagswahlen am 14. Oktober 1990 und am 12. September 1999 erzielte die CDU alle 44 Direktmandate. 2004 konnte die damalige PDS erstmals überhaupt Direktmandate erringen (fünf) und dieses Ergebnis 2009 auf 14 steigern (die CDU errang 28). 2014 erhöhte die CDU ihren Anteil wieder auf 34, während DIE LINKE auf neun abfiel. 2019 waren es dann 21 für die CDU, elf für DIE LINKE, aber auch elf für die AfD. Deutlich wird daran, dass die CDU trotz ihres beträchtlichen Rückgangs an Wähler*innen seit 1990 in vielen Regionen noch immer als stärkste Partei verankert ist, dies gilt insbesondere für die Wahlkreise im ländlichen Raum. Dort allerdings hat die AfD 2019 sichtbar begonnen, ihr den Rang abzulaufen.

7 DIE LINKE

Seit 2014 haben DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen unter Beweis gestellt, eine stabile und handlungsfähige Dreierkoalition bilden zu können. «Belastbare Entscheidungsstrukturen und gegenseitige persönliche Anerkennung der Spitzenpolitiker einer Koalition spielen für die Funktionsfähigkeit des Bündnisses eine entscheidende Rolle», erklärte Benjamin-Immanuel Hoff, Minister der Thüringer Staatskanzlei, 2015 das «Experiment im Labor der bundesdeutschen Parteienentwicklung» und betonte den Willen, die neue Koalition nicht «auf den Status einer temporären Zwangsgemeinschaft zu reduzieren, sondern sie als ernsthaftes Gestaltungsbündnis zu entwickeln».²³ Bei der Landtagswahl 2019

23 Hoff, Benjamin-Immanuel: Rot-Rot-Grün: Experiment im Politiklabor, in: der Freitag, 1.12.2015, unter: www.freitag.de/autoren/benjamin-immanuel-hoff/rot-rot-gruen-experiment-im-politiklabor.

hat DIE LINKE mit einem Ergebnis von über 30 Prozent erstmals die CDU als stärkste Partei abgelöst. Dies geschah auch zulasten der Koalitionspartner, die schwächer wurden. Damit gelang es in Summe nicht, für das Dreierbündnis eine erneute Mehrheit zu bekommen. Da die R2G-Konstellation für DIE LINKE in Thüringen die einzige aktuell vorstellbare Regierungsoption ist, wird aus der Schwäche der Koalitionspartner eine Gefahr auch für eine stärkere LINKE: Der Verlust der Regierung würde der Partei und einer künftigen R2G-Regierungsoption erheblich schaden. Damit ist die aktuelle Situation nicht allein für SPD und Bündnis 90/Die Grünen kritisch, sondern auch für DIE LINKE, unabhängig vom eigenen Wahlergebnis. Sie muss daher SPD und Bündnis 90/Die Grünen für eine Fortsetzung der Koalition gewinnen und eine gesellschaftliche Mehrheit dafür erringen.

Dies ist umso eher möglich, je mehr die vielfältigen Initiativen und Bewegungen sich in einem solchen politischen Bündnis wiederfinden und darin beteiligt werden. Gemeint sind vor allem diejenigen, die im Februar und März 2020 für einen demokratischen Konsens eingetreten sind: «Dieser Grundkonsens ist stabil, belastbar und mobilisierungsfähig. Genau das haben die Reaktionen auf Kemmerichs Wahl gezeigt. Dass der zivilgesellschaftliche Antifaschismus sich als derart stabil erwiesen hat, ist bemerkenswert. Nur weil das so ist, folgte dem Dambruch von Erfurt keine Überflutung des demokratischen Hinterlandes.»²⁴ Wie sich die Mobilisierung damals auf die politische Stimmung ausgewirkt hat, zeigen die Umfragewerte von infratest dimap: 39 Prozent der Befragten hätten bei im Februar 2020 abgehaltenen Neuwahlen für DIE LINKE votiert, zehn Prozent für die SPD, fünf Prozent für Bündnis 90/Die Grünen. Die CDU wäre auf 13 Prozent gesunken und die FDP wäre aus dem Parlament gewählt worden.²⁵

24 Dörre, Klaus: Thüringen. Vom Tabubruch zum Ramelow-Comeback und darüber hinaus, in: spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft 1/2020, S. 49–54, hier S. 50.

25 Landtagswahl 2019 in Thüringen. Wenn am nächsten Sonntag Landtagswahl wäre ..., o. J., unter: www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/thueringen.htm.

ZUM AUTOR

Michael Ebenau, Politikwissenschaftler, hat zwischen 1990 und 2015 für die IG Metall in Jena gearbeitet, ab 2015 dann in der Bezirksleitung Mitte der IG Metall in Frankfurt am Main.

WWW.ROSALUX.DE

